

Der Voranschlag 2015 und vor allem die zukünftige Energiestrategie waren zwei besonders gewichtige Dossiers während der **Wintersession** der eidgenössischen Räte. Bei beiden Themen und auch bei anderen machten die beiden stärksten Parteien des Kantons Freiburg, CVP und SP, gemeinsame Sache. Deren Nationalräte Christine Bulliard und Jean-François Steiert berichten.

Gemeinsam für die Energiewende

FAHRETTIN CALISLAR

National- und Ständerat hatten in der gestrigen Winter-session Gewichtiges auf der Traktandenliste. Am schwersten wog die Energiedebatte, für welche die Grosse Kammer 20 Stunden eingerechnet hatte – das längste einzelne Dossier während dieser Legislaturperiode. Das bundesrätliche Massnahmenpaket für den Ausstieg aus der Atomenergie wurde mit rund 250 Änderungsanträgen ergänzt. Die Parteien der Freiburger Nationalräte Christine Bulliard (CVP) und Jean-François Steiert (SP) brachten ihre Strategie gemeinsam durch den Rat.

20 Stunden Energiedebatte, 250 Änderungsanträge. Das geht an die Substanz, oder?

Christine Bulliard: Man weiss ja, was auf einen zukommt, und stellt sich darauf ein. Wir gingen gut informiert in diese Debatte. Ich habe dennoch viel gelernt, viel Neues erfahren, worauf ich während der Vorbereitung weniger eingehen konnte. Es war sehr interessant, und ich habe von der Auseinandersetzung mit dem Thema profitiert.

Jean-François Steiert: Das Dossier war dick. Energiepolitik ist für die Schweiz zentral. Im Mittelpunkt standen der Wille, aus der Atomenergie auszusteigen, und die Suche nach dem Weg dorthin. Manchmal war die Debatte ideologisch, manchmal praxisorientiert. Wir teilen uns in der Fraktion die Arbeit auf: Ich vertrat die Frage des Zeitpunktes für den Ausstieg, war persönlich involviert, hörte zu und diskutierte. Jemand anders behandelte dann einen anderen Themenbereich, und ich konnte mich der Vorbereitung anderer Dossiers oder Gesprächen widmen.

Das Ergebnis: Mitteparteien, Grüne und Linke setzten sich durch, der Ausstieg und das bundesrätliche Massnahmenpaket wurden gutgeheissen. Sind Sie zufrieden?

Bulliard: Ich bin sehr zufrieden. Unsere Bundesrätin Doris



Jean-François Steiert (SP) und Christine Bulliard (CVP) zogen während der Wintersession in vielen Dossiers am gleichen Strick. Bild Aldo Ellena

Leuthard hat gute Arbeit gemacht. Wir haben einen überlegten Ausstieg aus der Kernenergie, eine Erhöhung der Effizienz und die Förderung der erneuerbaren Energien beschlossen. Diese drei Punkte müssen wir nun umsetzen. Die blockierende Haltung von FDP und SVP war unklar. Sie haben nicht verstanden, dass die Zukunft unserer Wirtschaft und Gesellschaft in einer unabhängigen Energieversorgung liegt. Die Mitte hat zusammen mit der Linken die erste Etappe der Energiewende durchgesetzt.

Steiert: Die Bilanz ist recht positiv. Das Parlament ist dem Bundesrat weitgehend gefolgt. Dessen Vorschläge basieren auf der Zusammenarbeit von SP und CVP. AKWs sind eine überholte Technologie, die mit Milliarden Franken subventioniert wird. Die Preise werden künstlich tief gehalten. Davon müssen wir wegkommen, da-

mit die erneuerbaren Energien sich ökonomisch durchsetzen. Sie sind Zukunftstechnologien und eine Chance für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Wir investieren nun in die Zukunft statt in die Vergangenheit.

Wir beschlossen einen überlegten Ausstieg aus der Kernenergie, eine Erhöhung der Effizienz und die Förderung der erneuerbaren Energien.

Christine Bulliard
Nationalrätin CVP Freiburg



Einiges an Arbeit machte auch der Voranschlag des Bundes. Der Bundesrat schlug bei einigen Posten Kürzungen vor. Die SVP setz-

te sich für Streichungen bei der Entwicklungshilfe ein, um Kürzungen bei der Landwirtschaft zu verhindern. Der Rat entschied: weder noch. Ein gelungener Kompromiss?

Steiert: Es hätte mich gestört, wenn wir die Entwicklungszusammenarbeit gegen die Landwirtschaft hätten ausspielen müssen. Diese Logik funktioniert selten in der Politik. Das Parlament beschloss zum Glück, beide Bereiche getrennt anzuschauen und zu unterstützen. Den Menschen in ihren Ursprungsländern zu helfen, ist auch Migrationspolitik. Dann müssen sie ihre Heimatstaaten nicht verlassen. Die Landwirtschaft ist im Kanton Freiburg ein wichtiger Bereich. Deshalb stimmen wir Freiburger auch gegen unsere Mutterpartei – was dort verstanden wird.

Bulliard: Nach der berechtigten Empörung über die dro-

henden Streichungen sind die Landwirte zufrieden mit den Entscheidungen und dass das Geld, das versprochen worden war, auch genehmigt wurde. Zu begrüssen ist auch die nachträgliche Erhöhung der Beiträge im Pflanzenbau. Die Taktik der SVP war nicht nachvollziehbar, gerade weil wir dieses Jahr das Uno-Jahr der Bauernfamilien hatten und dieses Anliegen einen Zusammenhang mit der Entwicklungspolitik hat. Ich fordere im Übrigen mit einem Vorstoss die Verbesserung der Stellung der Frauen und der bäuerlichen Familien im Rahmen der Entwicklungshilfe des Bundes.

Der Ständerat stellte sich gegen die Kürzung des Finanzausgleiches unter den Kantonen. Eine klare Sache?

Steiert: Keineswegs. Die Geberkantone wissen, dass sie in den Räten keine Mehrheit haben. Sie haben versucht, im

Vorfeld jene Kantone zu bearbeiten, die wenig aus dem Topf erhalten. Die Idee war eine Lösung, die diesen Kantonen entgegenkommt und dennoch eine Kürzung der Beträge umfasst. Das war für Freiburg, das abhängig ist von diesen Leistungen, nicht ungefährlich. Doch wir konnten im Ständerat eine Mehrheit erreichen.

Bulliard: Der Ständerat will die Solidarität zwischen armen und reichen Kantonen beibehalten. Für Freiburg ist das ein Gewinn. Das positive Resultat ist der Überzeugungsarbeit unserer Ständeräte Urs Schwaller und Christian Levrat zu verdanken. Sie haben intensiv für die Beibehaltung der Ausgleichsbeiträge gewiebelt. Im Frühling gilt es im Nationalrat ernst. Wir haben gute Argumente: Die Schere zwischen reichen und armen Kantonen geht weiter auf. Dies ist nicht der Zeitpunkt für Geschenke an die Geberkantone. Die Arbeit wird hart sein, doch wir sind gut aufgestellt.

AKWs sind eine überholte Technologie, die mit Milliarden subventioniert wird. Die Preise werden künstlich tief gehalten.

Jean-François Steiert
Nationalrat SP Freiburg



Warum wird es schwierig? Die Nehmerkantone sind ja in der Mehrheit...

Steiert: Auch ein Kanton wie Zürich hat im Ständerat zwei Sitze, aber im Nationalrat kommt Zürich mit 34 Sitzen daher. Das macht einen Unterschied. Es gibt andere Dossiers, wie die Unipolitik, in denen das eine Rolle spielt. Da haben die bevölkerungsreichen Universitätskantone die Mehrheit. Deshalb versuchen wir übrigens, Forschungs- und Bildungsthemen zuerst im Nationalrat zu behandeln. Der Ständerat kann dann nur noch korrigierend eingreifen.

Zahlen und Fakten

Die Energiedebatte – Entscheide für die Zukunft

Der Nationalrat ist zwar für den Ausstieg aus der Atomenergie, will sich damit aber Zeit lassen. Die Atomkraftwerke nach 45 Jahren vom Netz zu nehmen, kommt für ihn nicht infrage. Mit 120 zu 71 Stimmen hat sich der Rat gegen die Atomausstiegsinitiative der Grünen ausgesprochen. Am Vortrag hatte er sich bereits bei den Beratungen zur Energiestrategie gegen eine Laufzeitbeschränkung für alle AKWs ausgesprochen. Nach dem Willen des Nationalrats soll es lediglich für die ältesten AKWs eine Limite geben: Beznau I und II sollen nach 60 Jahren abgeschaltet werden. Unterstützt wird die Initiative der Grünen von der SP und den Grünliberalen. Ob sie sich im Abstimmungskampf

dafür einsetzen, machen sie vom Ausgang der Beratungen zur Energiestrategie im Ständerat abhängig. Die Vertreter der übrigen Parteien stellten sich gegen das Volksbegehren. Bundesrätin Doris Leuthard zeigte sich nach der Debatte im Nationalrat zufrieden. Nachbesserungen wünscht sie sich beim Umbau des Systems zur Förderung erneuerbarer Energien. Das System, das der Nationalrat beschlossen habe, sei zu staatlich und zu wenig marktgerecht. Mühe bedeutete Leuthard mit dem Bonus-Malus-System, das der Nationalrat zur Förderung der Energieeffizienz für Netzbetreiber beschlossen hat. Sie erhofft sich nun vom Ständerat Korrekturen der Entscheide. *sda*

Jugend: Eine sportliche Mannschaftsleistung

Mitte November erfuhr die Kanton und Vereine, dass Beiträge für Jugend und Sport zugunsten von Anlässen um bis 50 Prozent gekürzt werden sollen. Der Staatsrat machte die Freiburger Bundesparlamentarier fünf Tage vor Beginn der Wintersession darauf aufmerksam. «Wir wissen alle, dass Jugendliche Sport treiben müssen», betont SP-Nationalrat Jean-François Steiert. Streichungen bei Jugend und Sport gefährdeten laut Steiert die Arbeit der Klubs. Programmen drohte die Schliessung.

Die Freiburger Abgeordneten starteten eine Notfallübung. «Normalerweise funktioniert es so etwas nicht», weiss Steiert. Sie sprachen mit dem Bundesamt für Sport über den Geldbedarf: zwölf Millionen

Franken. Steiert reichte einen Vorstoss ein. «In der Regel sind Einzelanträge zum Budget chancenlos», sagt er im Nachhinein. Doch die Freiburger scharten genug Parteikollegen um sich, und der Antrag kam mit 93 zu 90 Stimmen bei fünf Enthaltungen durch. «Es sind schöne Momente, wenn man einen Schaden gemeinsam vermeiden kann», so Steiert. Die Beiträge werden fließen. «Das ist ein kleiner Posten. Doch viele sind davon betroffen.»

Laut CVP-Nationalrätin Christine Bulliard war dies ein Beispiel, wie die enge Zusammenarbeit der Freiburger Parlamentarier über die Parteigrenzen hinweg funktioniert, wenn es um Kantonsangelegenheiten gehe. «Wir können gemeinsam handeln, und

wenn wir das mit Leidenschaft und Motivation machen, können wir auch die Mehrheit auf unsere Seite bringen. Vorausgesetzt, das Thema ist für unseren Kanton wichtig.» Für Steiert ist das Geheimnis des Erfolgs, dass die Stimmen der Freiburger in ihren jeweiligen Parteien Gewicht hätten. Und darauf könnten sie sich gegenseitig verlassen. «Kollegen aus anderen Kantonen beneiden uns manchmal deswegen», sagt er grinsend.

Ein Käfer macht Probleme

Ein ähnlicher Fall ist derjenige des Asiatischen Laubholzbockkäfers. Er hat in Brünisried und dann in Marly Schäden von rund einer Million Franken angerichtet. Staatsrätin Marie Garnier intervenierte bei der Freiburger Parlamentsvertre-

terung, und Bulliard sowie SP-Nationalrätin Ursula Schneider-Schüttel brachten Vorstösse zu diesem Thema ein. Bulliard forderte eine Beteiligung des Bundes an den Kosten und zwar umgehend – am liebsten rückwirkend für 2014.

In seiner Antwort auf den Vorstoss Bulliard zeigt sich der Bundesrat offen für eine Unterstützung, wenn der Kanton die Schäden genau beziffern könne. «Das war ein positives Signal, dass der Kanton bald in Genuss eines Bundesbeitrages kommen könnte, und zwar rückwirkend», ist Bulliard überzeugt. Diese beiden Fälle zeigten, so Bulliard: Es könne sein, dass sie untereinander stritten, doch sie könnten auch Schulter an Schulter die kantonalen Interessen vertreten. *fa*